



## **INFORMATION ZUR UMSETZUNG DER DATENSCHUTZRECHTLICHEN VORGABEN NACH DER DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG (DSGVO) BEI DER VERGABE VON ÖFFENTLICHEN AUFTRÄGEN**

Die Zentrale Vergabestelle der Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

### **ANSPRECHPARTNER IM ZUSAMMENHANG MIT VERGABEVERFAHREN**

Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße

Abt. 180 Zentrale Vergabestelle

Abteilungsleitung

Exterstraße 6

67433 Neustadt an der Weinstraße

Telefon: 06321/855-1297

Telefax: 06321/855-1219

### **DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE DER STADTVERWALTUNG NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE**

Frau Nadine Ihrig

Abt. 130 Rechtsabteilung

Abteilungsleitung

Marktplatz 1

67433 Neustadt an der Weinstraße

Telefon: 06321/855-1415

Telefax: 06321/855-1419

E-Mail: [rechtsabteilung@neustadt.eu](mailto:rechtsabteilung@neustadt.eu)



## **RECHTSGRUNDLAGE UND ZWECK DER VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN**

Die Zentrale Vergabestelle der Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere:

- das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
- die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV),
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - Teil A (VOB/A),
- die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO),
- die Landeshaushaltsordnung Rheinland-Pfalz (LHO),
- die Gemeindehaushaltsverordnung Rheinland-Pfalz (GemHVO) sowie
- die Verwaltungsvorschrift „Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz“ vom 18. August 2021 (VV ÖAW).

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Durchführung von Vergabeverfahren der Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße, dem Eigenbetrieb Stadtentsorgung, den Stadtwerken und der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH.

Unsere Aufgaben zur Durchführung der Vergabeverfahren ergeben sich aus und aufgrund der oben genannten rechtlichen Vorgaben gemäß derer insbesondere die Eignung der Bieter sowie deren Angebote im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit zu prüfen sind.

Wir verarbeiten Ihre Daten bei der Durchführung von Vergabeverfahren zum Zweck der Prüfung von Teilnahmeanträgen, der Angebotsprüfung/-wertung und der Kommunikation mit den Teilnehmern. Ziel dabei ist die Einholung von vergleichbaren Angeboten und die Zuschlagserteilung auf das wirtschaftlichste Angebot. Weiterhin werden Ihre Daten nach der Beauftragung bei der Vertragsdurchführung/-abwicklung verarbeitet.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit. b) und c) DSGVO.

Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.



## UMFANG PERSONENBEZOGENER DATEN

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

- persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern/Bewerbern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter/Bewerber (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur beruflichen Tätigkeit und Stellung des Bieters/Bewerbers,
- Daten zur Qualifikation eingesetzter Beschäftigter des Bieters/Bewerbers sowie
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen mit den Daten der Referenzgeber.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

## VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt. Die Verarbeitung erfolgt sowohl manuell als auch elektronisch.

## WEITERGABE PERSONENBEZOGENER DATEN

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- unterlegene Bieter, die gem. § 4 Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen eine Vorabinformation erhalten,
- das Bundeskartellamt im Rahmen der Einholung einer Auskunft aus dem Wettbewerbsregister,
- die Öffentlichkeit im Rahmen der Bekanntmachung vergebener Aufträge gem. § 39 VgV (Diese Information enthält zumindest den Namen des beauftragten Unternehmens.),



- Bieter und ihren Bevollmächtigten, denen gem. §§ 14, 14a VOB/A Einsicht in die Niederschrift und ihre Nachträge zu gestatten ist,
- die Öffentlichkeit im Rahmen der Bekanntmachung vergebener Aufträge gem. § 20 Abs. 3 VOB/A sowie § 30 UVgO (Diese Information enthält zumindest den Namen des beauftragten Unternehmens.),
- die Stellen zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Vergabepflichtstelle, Vergabekammer),
- Gerichte im Falle von Klagen,
- in dem Verfahren vom Auftraggeber beauftragte Berater (Architekten, Ingenieure, Planer, juristische oder sonstige Berater) und
- mit der Vergabe und Vertragsausführung befasste Mitarbeitende.

## **DAUER DER VERARBEITUNG UND AUFBEWAHRUNG PERSONENBEZOGENER DATEN**

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

## **RECHTE DER BETROFFENEN PERSONEN**

Ihnen stehen nach der DSGVO verschiedene Rechte zu. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO.

In einigen Fällen gilt, dass ein Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

- Recht auf Auskunft  
Es besteht ein Recht auf Auskunft über die von der Zentralen Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.
  - Recht auf Berichtigung  
Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann - unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.
-



- Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Zentralen Vergabestelle (siehe o. g. „Ansprechpartner im Zusammenhang mit Vergabeverfahren“) zu richten.

- Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Zentralen Vergabestelle (siehe o. g. „Ansprechpartner im Zusammenhang mit Vergabeverfahren“) zu richten.

- Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz wenden, wenn Sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle Ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist. Dies gilt unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe (Art. 77 DSGVO).

---



Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

(Postanschrift: Postfach 30 40, 55020 Mainz)

Telefon: 06131/8920-0

Telefax: 06131/8920-299

E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Stadt Neustadt an der Weinstraße sowie auf der Website des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz.

Mit freundlichen Grüßen

ZENTRALE VERGABESTELLE | [STADTVERWALTUNG NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE](#)

---